



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Perspektiven schaffen - Dem Fachkräftemangel in der Pflege innovativ begegnen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung erkennt an, dass ein akuter Fachkräftemangel im Bereich der Pflege herrscht.  
Beredtes Zeugnis sind die von Ver.di ermittelten Überstunden an mitteldeutschen Kliniken, die sich im Untersuchungszeitraum auf drei Millionen belaufen.
2. Um die derzeitige Situation spürbar zu verbessern, müssen die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen deutlich verbessert werden, indem sie nach Maßstäben des öffentlichen Tarifvertragswerkes ausgestaltet werden. Keinesfalls darf dies jedoch auf Kosten der zu pflegenden Menschen und deren Angehörige gelöst werden. Daher fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Einführung einer Pflegevollkaskoversicherung einzusetzen, wie wir dies bereits in dem Antrag „Gesetzliche Pflegeversicherung zur Pflegevollversicherung umwandeln“ (Drs. 7/ 2516) gefordert haben.
3. Eine Win-win-Situation, um einerseits zusätzliches Fachpersonal zu generieren und andererseits geflüchteten Menschen eine wirkliche Perspektive auf dem Arbeitsmarkt und damit für ihr persönliches Leben zu bieten, sieht der Landtag in dem „Modell der Pflegehelfer\*innen-Ausbildung mit integriertem Hauptschulabschluss“.  
Die Landesregierung wird daher aufgefordert, die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, um dieses Vorhaben - langfristig nachhaltig auch flächendeckend - zu realisieren.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, im III. Quartal 2019 in den Ausschüssen für Bildung und Kultur sowie für Arbeit, Soziales und Integration Bericht zu erstatten.

(Ausgegeben am 12.06.2019)

## **Begründung**

Laut der aktuellen Erhebungen von Ver.di belaufen sich die Überstunden im Bereich Pflege an mitteldeutschen Kliniken im aktuellen Jahr bereits auf drei Millionen. Um diese Situation abfedern zu können, müssten allein im mitteldeutschen Raum 1900 Vollzeitkräfte eingestellt werden.

Das setzt jedoch voraus, dass die aktuellen Arbeits- und Ausbildungsbedingungen eine spürbare Verbesserung erfahren - zur Steigerung der Attraktivität des Berufes durch die familienfreundliche Ausrichtung des Arbeitsalltags und der adäquaten Vergütung geleisteter Überstunden. Dies dient sowohl dem Personal- als auch dem Patient\*innenwohl.

Verbesserungen dürfen hier keinesfalls auf Kosten der zu pflegenden Menschen und deren Angehöriger vollzogen werden. Daher fordern wir die Einführung einer Pflegevollkaskoversicherung, um die Betroffenen und ihre Familien vor dem ständig steigenden Kostendruck im Pflegebereich zu schützen. Die Fraktion DIE LINKE stellte bereits im Februar 2018 einen entsprechenden Antrag (Drs. 7/2516), der jedoch zugunsten eines Alternativantrages der Koalitionsfraktionen abgelehnt worden ist. Leider greift dieser unseres Erachtens nach zu kurz.

Eine Möglichkeit, Fachkräfte zu generieren bestünde darin, geflüchteten Menschen den Einstieg in die Pflegehelfer\*innen-Ausbildung zu erleichtern, indem diese auch ohne die Mindestanforderung eines Hauptschulabschlusses begonnen werden kann. Im Zuge der Ausbildung kann dann parallel der Hauptschulabschluss erworben werden. Damit entsteht eine Win-win-Situation, die dazu beiträgt, zum einen dem Fachkräftemangel effektiv entgegenzuwirken und zum anderen den Auszubildenden ganz neue Chancen und Perspektiven eröffnet, denn sie können - je nach fachlicher Befähigung auch noch den Abschluss als examinierte Pflegefachkraft anstreben. Somit werden innerhalb des Berufsfeldes Karrieremöglichkeiten eröffnet. Dies wäre ein erheblicher Anreiz und würde die Attraktivität der Pflegeberufe nicht unbeträchtlich erhöhen.

Nach den guten Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen ist Hessen im letzten Jahr mit entsprechenden Modellprojekten an den Start gegangen. Insgesamt wird an zehn Standorten - verteilt über ganz Hessen - dieses neue Verfahren in der Altenpflegeausbildung erprobt. Das Projekt ist vorerst auf drei Jahre terminiert.

Auch in Sachsen-Anhalt stand bereits ein solcher Versuch in Startlöchern, wurde jedoch wieder verworfen. Wir können uns angesichts der jetzigen Situation eine solche Vergeudung der Möglichkeiten nicht leisten.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender